

Das Zitat



«Ich werde schon wehmütig, wenn ich daran denke.»

Phil Eicher, Inhaber der Menzinger Vinothek La Sosta. Diese schliesst nach 10 Jahren am 27. Juni definitiv. **23**

Schule gerät weiter unter Druck

KANTON Über Aufwand und Ertrag des integrativen Unterrichts wird gestritten. Jetzt wollen Freisinnige mehr Details über die Vorteile, Schwierigkeiten und Kosten wissen.

FREDDY TRÜTSCH
freddy.truetsch@zugerzeitung.ch

Bereits zum zweiten Mal innert zwei Jahren werden die Sonderpädagogik und insbesondere die Integrative Förderung im Kantonsrat zum Thema. Im Februar 2013 fragten die zwei SVP-Kantonsräte Jürg Messmer und Philip C. Brunner (beide Zug) bei der Bildungsdirektion nach und verlangten Antworten über die pädagogischen Angebote sowie die Vor- und Nachteile der schulischen Förderung. Und jetzt legen die freisinnigen Parlamentarier Andreas Hostettler (Baar), Monika Weber (Steinhausen), Karen Umbach (Zug), Peter Letter (Oberägeri) sowie Beat Unternährer (Hünenberg) mit einer weiteren Interpellation nach. «Wie beurteilt der Regierungsrat in der Gesamtbetrachtung die Vorteile und Schwierigkeiten der integrativen Schulform? Sieht er Handlungs- oder Korrekturbedarf? Wie beurteilt er ange-

sichts wiederholter Entlastungsforderungen seitens der Lehrerschaft das Kosten- und Nutzenverhältnis?» Die Schule integrierte Schüler mit leichtem bis mittelgradigem sonderpädagogischem Förderbedarf und sei mit einer grossen Anzahl an verhaltensauffälligen Schülern konfrontiert. Dazu kämen Lernende mit Migrationshintergrund, instabilen Familienverhältnissen oder Betreuungszuständen. «Ist die Integration auch bei verhaltensauffälligen Schülern in die Regelklasse ein zielführendes Mittel?» Und weiter wollen sie wissen, ob die Aufhebung von Werkschulklassen und die Integration in die Realklassen eine nachweislich gute Lösung sei.

Das schreibt das Schulgesetz vor

Die besondere Förderung von Schülerinnen und Schülern an den gemeindlichen Schulen ist im Schulgesetz geregelt, wobei zwei Stufen vorgesehen sind. Die Gemeinden sorgen dafür, dass – im Rahmen der besonderen Förderung – teilweise schulbereite, lernbehinderte oder verhaltensauffällige Kinder sowie Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen, mit einer besonderen Begabung oder Hochbegabung besonders gefördert werden. Diese besondere Förderung ist gemäss den massgebenden rechtlichen Grundlagen in erster Linie innerhalb der Regelklasse, das heisst integrativ sowie klassen- und

stufenübergreifend anzubieten. Bei der besonderen Förderung lernbehinderter oder verhaltensauffälliger Kinder innerhalb der Regelklasse unterstützt ein schulischer Heilpädagoge den Unterricht. Bezahlt wird dies hauptsächlich von den Gemeinden, wobei der Kanton das Angebot mittels Normpauschale mitfinanziert.

Es ist zu erwarten, dass sich die Bildungsdirektion wie schon vor einem Jahr weiterhin für die Integrative Förderung starkmacht. Sie bestritt damals, dass die schulischen Leistungen gesunken seien. Und sie tat dies, obwohl verschiedene Studien und Fachleute das Gegenteil nachweisen. Auch die Schulpräsidentenkonferenz – sie will sich zum aktuellen Vorstoss noch nicht äussern – verwies darauf, die Integration an den Schulen im Kanton sei «auf gutem Weg». Andererseits hält auch ein Bildungsexperte an seiner Meinung fest und wiederholt: «Integrierte Förderung bringt Lehrpersonen an die Grenze; viele sind überfordert und schaffen das, was ihnen die schöne Welt der Theorie und die papierernen, wohlklingenden Konzepte versprechen, nicht.»

Gewerbe hat klare Meinung

Der Lehrerverein sagt zum aktuellen Vorstoss (noch) nichts. Klar ist, dass er stets die dafür notwendigen Rahmenbedingungen verlangt hat. Kein Geheim-

nis ist ferner, dass die Lehrer immer darauf hingewiesen haben, «dass die integrative Schulung nicht kostenneutral zu haben ist». Die zeitlichen Ressourcen würden aber nach wie vor fehlen. Und der Mehrheit von SVP und FDP sei alles recht, um Kosten zu sparen, war aus Lehrerkreisen zu erfahren.

Die Auswirkungen der Integrativen Förderung bekommen in erster Linie die Lehrmeister deutlich zu spüren. Nicht erstaunlich, dass Yvonne Kraft, Bildungsverantwortliche des Gewerbeverbandes des Kantons Zug und Mitglied des Bildungsrates, betont: «Integrative Schulung ist nur bis zu einem bestimmten Punkt möglich. Bei dieser Mittelwertpädagogik sind die Stärkeren unterfordert, und zugleich leiden die Schwächeren unter massiver Überforderung.» Wenn der Kanton den Weg zur totalen Integration weitergehen wolle, müsse der Unterricht umgebaut werden. Und dies heisse: «Jedes Kind muss dort abgeholt werden, wo es steht, und Aufgaben erhalten, die es bewältigen kann.» Dies bedeute aber, dass der Kanton mehr Geld sprechen müsse. Zum Thema Finanzen stellen die Interpellanten fest, man habe mit jährlichen Mehrkosten von rund 2,9 Millionen Franken gerechnet, und fragen jetzt: «Wie sehen nun nach mehreren Jahren Umsetzung und Erfahrung die effektiven Kosten aus?»

Bei der Papier-Planung geht es jetzt an die Feinarbeit

CHAM Die Gemeinde und die Cham Paper Group starten mit der Erarbeitung des Bebauungsplans. Dabei gilt es, viele Interessen zu berücksichtigen.

Mit einer Grösse von rund 11 Hektaren ist das Papier-Areal von wichtiger Bedeutung für die künftige Entwicklung der Gemeinde Cham. Auf dem Gelände direkt an der Lorze wird nach dem Ende der Papierproduktion ein komplett neuer Stadtteil mit Wohnbauten, Gewerbe- und Büroräumen entstehen. Jetzt hat das Grossprojekt «Arealentwicklung Papier» die nächste Planungsphase erreicht. Die Einwohnergemeinde Cham und die Grundeigentümerin Cham Paper Group (CPG) starten mit der Erarbeitung des Bebauungsplans.

Grundsätzlich positive Reaktionen

Im vergangenen Juni hatte die Jury das Siegerprojekt der Testplanungen vorgestellt. Vier Teams hatten Entwürfe ausgearbeitet, das Rennen machten die Vorschläge der Architektengemeinschaft Albi Nussbaumer Architekten aus Zug,

Auf dem Gelände der Champ Paper Group soll in den kommenden Jahren ein neuer Stadtteil entstehen.
Bild Stefan Kaiser



«Die Planung ist sehr komplex.»

ROLF INEICHEN,
BAUCHEF CHAM

Roger Boltshauser Architekten aus Zürich sowie der Appert Zwahlen Partner AG aus Cham. Daraufhin haben die Architekten ihr Projekt in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und der CPG verfeinert. An insgesamt drei Mitwirkungsveranstaltungen wurden schliesslich auch die Meinungen der Chamerinnen und Chamer angehört. Jetzt gehe es darum, die wichtigsten Punkte aus der Mitwirkung in die weitere Planung einfließen zu lassen, sagt Chams Bauchef Rolf Ineichen. Grundsätzlich seien die Reaktionen aus der Bevölkerung sehr positiv. «Es wurden Anregungen, Tipps und Wünsche eingebracht, die wir nun vertieft behandeln werden.»

Ein Beispiel dafür ist der erschweringliche Wohnraum. «Einzelne Teilnehmer befürchteten, dass die preisgünstigen Wohnungen erst in einer letzten Etappe realisiert werden», erklärt Ineichen. Aus Sicht der Teilnehmer solle man diese Angebote im Verlauf der Entwicklung schrittweise «mitbauen». Man werde dieses Anliegen bei der weiteren Planung berücksichtigen. Zu reden gaben auch der öffentliche Verkehr und die Freiräume. So gibt das Projekt aus Sicht einiger Teilnehmer noch zu wenig Antworten zu den Verbesserungsmöglichkeiten des öffentlichen Verkehrsangebots und der Ausgestaltung des Langsamverkehrs. Beim Freiraumkonzept

wünschen sich die Teilnehmer, dass die öffentlichen Treffpunkte exakter definiert werden. Für den Bebauungsplan würden deshalb das Freiraumkonzept weiter vertieft und ein Verkehrskonzept erstellt, erläutert Ineichen.

Auswirkungen auf den Dorfkern

An den Workshops wurde zudem die Frage in den Raum gestellt, welche Auswirkung die Arealentwicklung Papier auf den Dorfkern haben könnte. «Ein gewisser Wettbewerb zwischen den Angeboten wird sich nicht vermeiden lassen», sagt der Bauvorsteher. Da das neue Quartier in Gehdistanz zum Dorfkern entstehe und ausserdem kein neuer

Grossverteiler einziehen werde, müsse man dies allerdings als Bereicherung und nicht als Konkurrenz ansehen.

Neben der Bevölkerung hat auch der Kanton ein Wörtchen mitzureden – beispielsweise bei den Themen Gewässerschutz und Umweltverträglichkeit. In einem Umweltverträglichkeitsbericht, der derzeit erarbeitet wird, sollen wichtige Fragen geklärt werden. «Die Planung ist sehr komplex», betont Rolf Ineichen – unter anderem, weil sehr viele «Player» involviert seien. Die Zusammenarbeit mit der CPG erachtet der Gemeinderat aber als sehr kooperativ. «Es ist alles professionell organisiert. Das bildet eine gute Basis für die weitere Planung.»

Mit der Ausarbeitung des Bebauungsplans wartet nun die Feinarbeit auf die Experten, die Grundeigentümer und die Gemeinde. «Es kommt viel Arbeit auf uns zu», gibt Ineichen zu. Denn der Bebauungsplan soll bis im Sommer 2016 stehen. Dann wird voraussichtlich an der Urne über das Grossprojekt abgestimmt. Wann die Bebauung des Areals startet, ist gemäss Rolf Ineichen schwer zu prognostizieren. Er sagt nur so viel: «Wenn wir im Sommer 2016 grünes Licht erhalten, wird man wohl im Jahr 2017 mit dem ersten Baugesuch rechnen können.»

RAHEL HUG
rahel.hug@zugerzeitung.ch